

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Elif Eralp und Niklas Schrader (LINKE)**

vom 22. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. November 2023)

zum Thema:

Projekte gegen Antisemitismus und antisemitische Übergriffe in Berlin

und **Antwort** vom 8. Dezember 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Dezember 2023)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Elif Eralp und Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17 431
vom 22.11.2023
über Projekte gegen Antisemitismus und antisemitische Übergriffe in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele antisemitische Vorfälle wurden im Oktober 2023 registriert?
 - a. Ist hier ein Anstieg im Vergleich zu den Vormonaten des Jahres 2023 und im Vergleich zu 2022 zu verzeichnen?
 - b. Bei wie vielen dieser Vorfälle gab es auch einen Anfangsverdacht in Hinblick auf eine Straftat? (Bitte einzeln mit Tatbestand auflisten.)

Zu 1. a. bis 1.b.: Die entsprechenden Fallzahlen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

2. Hat der Senat Kenntnis darüber, bei welchen Stellen im Oktober 2023 antisemitische Vorfälle gemeldet wurden (beispielsweise beim Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, der Ombudsstelle der Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung, bei den Berliner Registerstellen, bei RIAS Berlin oder anderen Trägern)? Tauscht er sich dazu mit diesen Stellen aus und gleicht der Senat diese Daten mit den der PKS-Daten ab?

Zu 2.: Antisemitische Vorfälle wurden beim Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, der Ombudsstelle der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, bei den Berliner Registerstellen, bei RIAS Berlin (aktueller Bericht: https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_RIAS_Berlin_Nach_dem_Terror_der_Hamas.pdf) sowie bei der Polizei Berlin gemeldet. Der Senat von Berlin tauscht sich über Fallzahlen mit RIAS Berlin und den Registerstellen anlassbezogen sowie im Rahmen der Vorstellungen der Jahresberichte aus.

Die Polizei Berlin steht grundsätzlich auch dazu im Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dieser Austausch muss sich aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben allerdings auf rein statistische, nicht personenbezogene Daten aus dem Bereich des KPMD-PMK und nicht der PKS beschränken.

Der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus führt keine eigenen Statistiken, unterstützt Betroffene aber mit Verweisberatungen. Er hat auf Basis des Berliner Landeskonzepts zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention (Drs. 18/1754) u. a. die Aufgabe eine „jährliche Zusammenführung und Auswertung der Daten und Ergebnisse aus den verschiedenen Erfassungsquellen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Schule, RIAS usf.) zu Antisemitismus in Berlin“ zu erstellen.

3. Sind aufgrund des höheren Bedarfs aktuell Stellen- und oder Mittelaufstockungen bei dem Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, bei der LADG-Ombudsstelle und bei den Berliner Registern geplant?

Zu 3.: Nach aktuellem Stand kann allen Projektanträgen der Berliner Register für 2024 in der beantragten Höhe entsprochen werden, eine Aufstockung ist daher derzeit nicht geplant. Der Senat von Berlin wird ansonsten nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes im Abgeordnetenhaus Berlin die Möglichkeit zur Einrichtung befristeter Beschäftigungspositionen bzw. von sonstigen Mittelaufstockungen in den genannten Bereichen prüfen.

4. Welche Projekte fördert der Senat im Bereich der Bekämpfung von Antisemitismus und in welcher Senatsverwaltung sind sie ressortiert? (Bitte einzeln auflisten.)

- a. Welche davon beziehen sich auf den Kontext Schule?
- b. Welche davon beziehen sich auf die Lehramtsausbildung?
- c. Welche davon beziehen sich auf Behörden, insbesondere Sicherheitsbehörden?
- d. Welche anderen spezifischen Bereiche werden im Rahmen der Antisemitismusprävention abgedeckt?

Zu 4. a. bis 4.d.:

Förderprojekte der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA)

Träger	Projekt	Kontext/Zielgruppen
Anne Frank Zentrum e. V.	„Alles über Anne“ – Historisch-politische Bildung aus antisemitismuskritischer Perspektive (auftragsweise Bewirtschaftung mit Mitteln der SenKultGZ)	Schülerinnen und Schüler sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
Amadeu Antonio Stiftung	Berliner Aktionswochen gegen Antisemitismus / Präventiv-pädagogisches Projekt gegen Antisemitismus	Berliner Stadtgesellschaft

Träger	Projekt	Kontext/Zielgruppen
Amadeu Antonio Stiftung	ju:an – Praxisstelle: antisemitismus- und rassismus-kritische Jugendarbeit Beratung (in auftragsweiser Bewirtschaftung durch SenBJF)	Jugendliche, Fachkräfte und Verantwortliche der Jugend(sozial)arbeit
BildungsBausteine e. V.	Bewegte Vielfalt in Berlin. Deutsch-deutsche Perspektiven auf Antisemitismus, Rassismus und sozio-ökonomische Deklassierung	Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Pädagogische Fachkräfte, Angehörige marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen
BildungsBausteine e. V.	Zusammen_denken, zusammen handeln – Spannungsfelder der antisemitismus- und rassismuskritischen Bildung konstruktiv bearbeiten	Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
Bildung in Widerspruch e. V.	Online gegen Antisemitismus	Jugendliche, Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
Hashomer Hatzair Deutschland e. V.	Chazak Veematz – Stark und mutig gegen Antisemitismus und Rassismus	jüdische und nicht-jüdische Kinder und Jugendliche, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
Institut für Neue Soziale Plastik e. V.	Jüdischer Kulturklub Ostberlin	Berliner Stadtgesellschaft mit Schwerpunkt auf die östlichen Bezirke
Jehi `Or Jüdisches Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus gUG	Solidarisch gegen Hass	Berliner Stadtgesellschaft
Jehi `Or Jüdisches Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus gUG	Tikkun - Wertebildung und Kompetenzförderung: Für Menschenwürde und Demokratie	überwiegend nicht bildungsprivilegierte Jugendliche, pädagogische Fachkräfte schulischer und außerschulischer Jugendbildung, jüdische Organisationen
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.	Jüdisches Recherche-, Feldbeobachtungs-, Informations- und Bildungszentrum	Berliner Stadtgesellschaft
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.	Dialog und Aufklärung – Antisemitismus 2.0	Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte
KlgA e. V. – Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus	Praxisstelle Bildung und Beratung (in auftragsweiser Bewirtschaftung durch SenBJF)	Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte

Träger	Projekt	Kontext/Zielgruppen
OFEK e. V. Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung	OFEK Berlin	Betroffene von Antisemitismus, Berliner Stadtgesellschaft
Verein für demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V.	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS Berlin	Betroffene von Antisemitismus, Berliner Stadtgesellschaft
Verein für demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V.	Regishut – Sensibilisierung zu Antisemitismus in der Berliner Polizei	Angehörige der Polizei Berlin
Wertelinitiative – jüdisch-deutsche Positionen e. V.	Antisemitische und israelfeindliche Argumentationsmuster in der extremen Rechten	Jugendliche, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
Zentralrat der Juden in Deutschland K.d.ö.R.	Meet a Jew	Jüdische Freiwillige, Berliner Stadtgesellschaft
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.	Fachsymposium Antisemitismus 2023	Berliner Stadtgesellschaft

Diejenigen von der SenASGIVA geförderten Projekte, die sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte wenden, wenden sich auch an Lehramtsstudierende.

Förderprojekte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF)

Durch die SenBJF – hier Abt. II B – erhalten diverse zivilgesellschaftliche Träger eine Projektförderung, die sich ganz unterschiedlich mit Antisemitismus auseinandersetzen und Unterstützungsangebote für Schulen in Form von Beratung, Aktivitäten für Schülerinnen und Schüler, Fortbildungen für Lehrkräfte/das pädagogische Personal und Materialien bieten. Es handelt sich um folgende Projekte:

- Gesicht zeigen! e. V., Projekt „Berliner Bildungsarbeit von Gesicht zeigen! und Lernort 7xjung“ – Projekte und Workshops am Lernort u. a. zu Antisemitismus, Umgang mit Diskriminierung, Zivilcourage, historisch-politische Bildung zum Nationalsozialismus
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Projekt „Praxisstelle Bildung und Beratung“ - Durchführung von Bildungsangeboten für Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen und von Grundschulen zu Antisemitismus, Fortbildung von Lehrkräften und Beratung von Schulen bei Antisemitismus
- RAA Berlin, Projekt „Interreligious Peers“ - junge Juden, Christen, Muslime und Baháí werden zu Interreligious Peers ausgebildet, um an Schulen Workshops beispielsweise zu Diskriminierung durchzuführen
- Meet2respect, Projekt „meet2respect/Respekt verbindet Unterrichtsbesuche“ - Unterrichtsbesuche eines interreligiösen Teams ab der Jahrgangsstufe 4 zur Vermittlung von gegenseitigem Respekt und Toleranz unter den Religionen, z. B. Rabbi-Imam-Tandem
- Intersektionales Bildungswerk in der Migrationsgesellschaft, Projekt „Antisemitismus und Demokratiefreundlichkeit in türkisch-nationalistischen Kontexten“

- Anne Frank Zentrum, Projekt „Geschichte vor dem Schultor“: Initiierung, Koordinierung und Dokumentation von lokalgeschichtlichen Schulprojekten/Spurensuche zur Geschichte des Nationalsozialismus in Berlin
- New Israel Fund, Projekt „Bildung für Teilhabe“ - Durchführung von Workshops mit Schülerinnen und Schülern aus weiterführenden Schulen im Land Berlin zu den Themen (israelbezogener) Antisemitismus, Diversität und Diskriminierung
- Konzeption und Umsetzung der kindgerechten Ausstellung „Susi und Wir. Vom Hingucken und Wegschauen“ zur Verfolgung von Juden und Jüdinnen im NS in der Kinder- und Jugendeinrichtung FEZ Berlin für Schülerinnen und Schüler ab 10 Jahren (04/2022 – 12/2023)

Darüber hinaus ist im Referat II B der SenBJF die Kooperation mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel „Zur Vermittlung der Geschichte des Holocaust“ verortet, an der jährlich eine Gruppe von schulischen und außerschulischen Pädagoginnen und Pädagogen teilnimmt mit dem Ziel, sich intensiv mit den Themen Vermittlung des Holocausts und Erinnerungsarbeit auseinanderzusetzen.

Im Rahmen des Vorbereitungsdienstes ist das Thema Antisemitismus ein verpflichtender Bestandteil der Ausbildung. Im Pflichtbaustein 3 „Konflikte und Gewaltprävention“ des Moduls „Erziehen und Innovieren“ wird der Umgang mit Extremismus und Radikalismus sowie Antisemitismus thematisiert. Zur Unterstützung und Vertiefung bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit der SenBJF schon seit Jahren die „Standpunkte“-Reihe zu den Themen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus sowie Antisemitismus und Verschwörungserzählungen an. Durchgeführt wird die Workshop-Reihe von Referentinnen und Referenten der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Die Workshop-Reihe soll Lehramtsanwärterinnen und -anwärter darin unterstützen, ihre konkrete Handlungssicherheit in der Auseinandersetzung mit diesen Themen zu erhöhen. Sie bietet Raum für eine theoretische Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen dieser Ideologien und Strukturen sowie für die Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten anhand von Praxisbeispielen aus dem schulischen Alltag. In jedem Themenkomplex wird durch unterschiedliche Methoden sowie inhaltliche Inputs die Möglichkeit eröffnet, gewohnte Sichtweisen und den Umgang mit Erlebtem zu hinterfragen und zu reflektieren. Anhand von realen Vorfällen aus dem schulischen Alltag werden Handlungsmöglichkeiten für eine Vielzahl an Situationen erarbeitet. Dabei werden präventive und nachsorgende Handlungsmöglichkeiten als auch die Intervention in konkreten Situationen betrachtet.

Die Teilnehmenden erhalten darüber hinaus Informationen zu weiterführender Literatur, Anlaufstellen und Bildungsträgern sowie zu Methoden, die sie im Unterricht einsetzen können. Die teilnehmenden Lehramtsanwärterinnen und -anwärter haben im Anschluss die Möglichkeit, die gewonnenen Erkenntnisse in Sitzungen des Allgemeinen Seminars zu vertiefen.

Förderprojekte der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SenKultGZ)

Einige der durch die SenKultGZ geförderten Einrichtungen sind laufend und auf vielfältige Weise wichtige Akteurinnen und Akteure in der Auseinandersetzung mit historischem und gegenwärtigem Antisemitismus. Insbesondere Gedenkstätten wie das Haus der Wannsee-Konferenz oder die Topographie des Terrors beteiligen sich laufend an der wissenschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und pädagogischen Thematisierung von Antisemitismus. Konkrete Projektförderungen im Zuständigkeitsbereich der SenKultGZ im Jahr 2023 umfassen:

- Beauftragung eines Dossiers zu Antisemitismus in Kunst und Kultur: Bei antisemitischen Tendenzen im Kunst- und Kulturbereich zeigt sich wiederholt, dass gelegentlich die Berufung auf die Kunstfreiheit genutzt wird, um Antisemitismus vermeintlich zu entschuldigen oder zumindest zu relativieren. Daher hat die SenKultGZ ein wissenschaftliches Dossier beauftragt, das eine Übersicht öffentlich gewordener Vorfälle geben soll, in welchem Umfang antisemitische Tendenzen im Bereich Kunst und Kultur in den letzten Jahren zum Tragen gekommen sind. Als Bestandsaufnahme ist eine solche Übersicht Voraussetzung für die Entwicklung fundierter weitergehender Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Sensibilisierung für das Thema Antisemitismus. Eine finale Fassung des Dossiers wird im 1. Quartal 2024 erwartet. Das Dossier bezieht sich auf Behörden.
- Viele Projekte des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung widmen sich den Themen Demokratieförderung und Antidiskriminierung. Darüber hinaus hat sich in 2022/2023 das Projekt „MuJew (muslimisch-jüdische) Kulturwerkstatt“ des Jüdischen Zentrums Synagoge Fraenkelufer e.V. in Zusammenarbeit mit JUMA e.V. explizit dem Thema Antisemitismus gewidmet; es bezieht sich auf 4. d.

Förderprojekte der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnSport)

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt fördert folgende Projekte:

- Modellprojekt „ACT gegen Gewalt – Kompetentes Handeln gegen Antisemitismus“. Dieses bezieht sich aufgrund dessen Wirkbereich im formalen und informellen Bildungswesen, der Jugendhilfe und -sozialarbeit auf die für Bildung und Jugend zuständige Senatsverwaltung.
- „Berlin gegen Hassgewalt – Soforthilfefonds für Betroffene“: Das Projekt in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung bietet niedrigschwellige, unbürokratische finanzielle Unterstützung für Betroffene von Hassgewalt in Berlin von max. 1000 Euro pro Einzelförderung an, z.B. für die Behebung von Sachschäden, medizinische Behandlung, psychologische Betreuung oder Anwaltskosten. Der Soforthilfefonds ist phänomenübergreifend und richtet sich an Einzelpersonen, die aus vorurteilsbasierten und abwertungsideologischen Motiven, so auch Antisemitismus, Gewalt oder Bedrohungen ausgesetzt sind.

- „Baufonds“: Auf Antrag können bauliche Sicherungsmaßnahmen oder sonstige Schutz- bzw. Sicherungsmaßnahmen sowie in Härtefällen Umzugskosten zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt und Diskriminierungen finanziert werden. Anträge können von Privatpersonen, gemeinnützigen und religiösen Einrichtungen, Vereinen, Initiativen sowie deren Trägerinnen und Träger bei der Landeskommision Berlin gegen Gewalt gestellt werden. Die Unterstützung im Rahmen des Baufonds richtet sich somit auch an Menschen und Einrichtungen, die von antisemitischer Gewalt betroffen sind.

Die Polizei Berlin fördert folgende Projekte:

- Projekt: „Jüdisches Leben und Polizei /Vergangenheit trifft Gegenwart (JLUP)“: Die Polizei Berlin beteiligte sich mit dem Projekt „Jüdisches Leben und Polizei – Vergangenheit trifft Gegenwart!“ am Gesamtprojekt anlässlich des Jubiläumsjahrs 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Mit dem polizeieigenen Projekt soll ein sichtbares Zeichen gegen Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit gesetzt werden. Im Rahmen des Projektes wird die Geschichte jüdischen Lebens in Zusammenhang mit der Polizei Berlin aufgearbeitet und eine Brücke zur Gegenwart geschlagen. Eine am 1. September 2021 von der Polizei Berlin geplante und erarbeitete Wanderausstellung, welche Personen im Polizeikontext, die sich in der Vergangenheit und in der Gegenwart antisemitischem Handeln entgegenstellten thematisiert, durchläuft weiterhin verschiedene Dienststellen der Polizei Berlin. Unter: <https://juedisches-leben-und-polizei.berlin.de> ist die Ausstellung bereits seit dem 1. September 2021 digital zugänglich. Eine Gedenkstele, die an die Polizeimitarbeitenden des Reviers 16 erinnert, wurde auf dem Gelände der Polizeiakademie in Berlin-Ruhleben am 16. Mai 2022 mit einem Festakt offiziell eingeweiht.
- Projekt: „Meet a Rabbi“ – Das Jüdische Kulturschiff MS Goldberg: Als neues Ausbildungsformat wurde das Projekt in diesem Jahr in einer Pilotphase im Rahmen des Projekttagess „Jüdisches Leben“ in der Polizeiausbildung realisiert. Das Projekt wird über die Polizeiakademie finanziert.
- Geplante Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum: Im Rahmen der Fortbildung wird es eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum und der Polizei Berlin geben. Vorausgegangen war ein Arbeitstreffen mit dem für Antisemitismusprävention zuständigen Mitarbeitenden des Jüdischen Museums sowie der Beauftragten für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und je zwei Mitarbeitenden des LKA PräV 11 und der Polizeiakademie. Geplant sind interaktive Tagesfortbildungen für Polizeiangehörige zum Thema: "Judentum und Antisemitismus" im Jüdischen Museum ggf. unter Einbeziehung von externen Lehrenden. Frühester Beginn ist Mitte Dezember 2023.

- e. Haben senatsseitig geförderte Projektträger gegenüber dem Senat weitere Bedarfe für bereichsspezifische Präventionsarbeit oder für neue Ansätze in der Präventionsarbeit mitgeteilt und wenn ja, welche?

Zu 4. e.: Der Senat steht mit den geförderten Projektträgern auf den Arbeitsebenen in Austausch, auch zu Fragen zu neuen Ansätzen der Präventionsarbeit und den damit ggf. verbundenen Mittelbedarfen.

Auf Grundlage der Diskussionen mit dem Institut für neue Soziale Plastik zu den Zwischenständen des o.g. Dossiers kann die SenKultGZ bereits jetzt identifizieren, dass es über das beauftragte Dossier hinaus einen Bedarf an Studien zum konkreten Umgang mit Antisemitismus in der Kulturlandschaft und zur Stärkung jüdischer und antisemitismuskritischer Perspektiven gibt; zudem einen Bedarf an Fortbildungen, Sensibilisierungsmaßnahmen und Wissensaufbau sowohl in der Verwaltung als auch für Jurys der Förderprogramme und für Kunst- und Kulturschaffende.

- f. Sieht der Senat zusätzliche Bedarfe im Bereich der Antisemitismusprävention?

Zu 4 f.: Der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus hat in seinem letzten Umsetzungsbericht (Drs. 19/0300) zum Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention unter anderem darauf hingewiesen, dass Bedarfe u. a. darin gesehen werden, dass der Bereich der Erinnerungspolitik als Querschnittsaufgabe angesehen, der antisraelische Antisemitismus als gegenwärtig eine der aggressivsten Artikulationsformen von Antisemitismus begriffen und der kausale Zusammenhang von Antisemitismus und Verschwörungsdenken ebenso als Querschnittsherausforderung gesehen werden sollte, wie das Themenfeld Antisemitismus in der schulischen Präventionsarbeit (insb. in den Rahmenlehrplänen in Fächern über den Geschichtsunterricht hinaus, v.a. im Fach Politische Bildung). Alle genannten Herausforderungen stellen sich mit Blick auf die antisemitischen Eskalationen in Berlin, wie sie seit den antisemitischen Terroranschlägen der Hamas vom 7. Oktober 2023 zu beobachten sind, weiterhin und mit erhöhter Bedeutsamkeit.

- g. Wird der Senat die Arbeit der Projekte strukturell und langfristig absichern und auf welche Art und Weise?

Zu 4. g.: Der Senat von Berlin hat in seinen Richtlinien der Regierungspolitik festgelegt, dass er unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft ein Landesdemokratiefördergesetz erarbeiten wird. Ziel dieses Gesetzesvorhabens ist unter anderem die Schaffung einer nachhaltigen Förderperspektive für die Berliner Demokratiearbeit. Die genaue Umsetzung und Ausgestaltung dieser Zielsetzung ist Gegenstand des Gesetzgebungsprozesses.

5. Wird es nach Kenntnis des Senats im Rahmen der aktuellen Haushaltsverhandlung zu einer Aufstockung der Projektmittel gegenüber dem bisherigen Senatsentwurf zum Haushaltsgesetz 2024 und 2025 kommen bzw. hat der Senat oder wird der Senat dem Abgeordnetenhaus dazu Vorschläge unterbreiten? Wenn ja, bei welchen Projektträgern würde der Senat eine Aufstockung empfehlen? Wenn nein, warum nicht?

Zu 5.: Der Senat von Berlin hat in seinem Entwurf zum Haushaltsgesetz 2024/2025 eine Aufstockung von Projektmitteln vorgesehen und die geplante Mittelverwendung dargelegt. Darüber hinaus nimmt der Senat zur Kenntnis, dass öffentlichen Meldungen zufolge im Berliner Abgeordnetenhaus im Rahmen aktueller Haushaltsverhandlungen eine Aufstockung von Zuwendungsmitteln zur Projektfinanzierung diskutiert wird. Der Senat begrüßt dies und empfiehlt generell die Stärkung einer gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Demokratie- und Präventionsarbeit, auch und insbesondere mit Blick auf eine Stärkung der Antisemitismusprävention. Etwaige Entscheidungen zur Mittelvergabe oder zu „Aufstockungen“ geschehen in Anschauung eingehender Förderanträge bzw. nach Prüfung ihrer Förderfähigkeit unter Berücksichtigung der durch den Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Fördermittel.

6. Wird der Senat die geplante Umstellung der Finanzierungsform der von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Antidiskriminierung geförderten Projekte, die diese vor große Herausforderungen stellen und Hürden für ihre Arbeit bedeuten, aussetzen? Wenn nein, warum nicht?

Zu 6.: Nein. Die Antragsstellung für 2024 ist bereits erfolgt und in Bearbeitung. Es zeigt sich, dass die allermeisten Projekte eine Eigenbeteiligung in Höhe von 2 % erbringen können.

7. Sind dem Senat der Mitte-Studie entsprechende Zahlen bezüglich der Berliner Bevölkerung bekannt, die ermittelt hat, dass Antisemitismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung stark verbreitet sind? Welche anderen Einstellungsstudien mit Berlinbezug sind dem Senat bekannt und zu welchen wesentlichen Ergebnissen kommen sie?

Zu 7.: Der Senat von Berlin beobachtet neben der „Mitte-Studie“ aktuelle Forschungsergebnisse zum Themenfeld und bezieht diese in die Ausrichtung der Arbeit mit ein. Der Senat selbst fördert seit 2018 im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ das Projekt „Berlin Monitor“. Das Projekt untersucht u. a. im Rahmen einer in zwei-Jahres-Intervallen durchgeführten Repräsentativerhebung Erfahrungen der Berlinerinnen und Berliner in Bezug auf Diskriminierung und Abwertung, politischer Teilhabe und Politikdistanz, Aspekten der Anerkennung und dem Entdecken gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten. Darüber hinaus werden in engem Austausch mit der Zivilgesellschaft gegenwärtige Handlungsstrategien gegen Diskriminierung beschrieben. Das Projekt ist als eine Langzeitbeobachtung mit verschiedenen Schwerpunktthemen wie Antisemitismus, Anti-Schwarzer Rassismus oder Klassismus angelegt und wird von Mitarbeitenden der Universität Leipzig und der Hochschule Magdeburg-Stendal umgesetzt. Die aktuelle Erhebung 2023 befindet sich momentan in der Auswertung, die Ergebnisse sollen im Dezember vorliegen. Als wesentliches Ergebnis des Projekts lässt sich bisher festhalten, dass sich Berlin im Vergleich zum Bundesgebiet als besonders plurale und für Pluralität offene Stadt ausweist.

Teile der Stadtgesellschaft zeigen hingegen auch antisemitische Haltungen auf bzw. verharmlosen den Nationalsozialismus.

Berlin, den 08. Dezember 2023

In Vertretung

Max L a n d e r o

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Anlage zu Frage 1 der Schriftlichen Anfrage Drs. Nr. 19/17431 der Abgeordneten Elif Eralp (LINKE) und Niklas Schrader (LINKE)

Erläuterung zu den Daten

Durch die Polizei Berlin werden statistisch ausschließlich Straftaten registriert, sodass sich die nachfolgenden Ausführungen und Tabellen darauf beziehen und nicht auf Vorfälle. Grundlage für die Beantwortung der Anfrage bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK). Dabei handelt es sich, anders als bei der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS), um eine Eingangsstatistik. Das bedeutet, ein Fall wird sofort gezählt, wenn er bekannt wird und nicht erst nach Abschluss der Ermittlungen. Die Fallzählung erfolgt tatezeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben wird.

Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen. Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzen Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren. Die Fälle der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen – gegebenenfalls bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil – einer fortlaufenden Bewertung gemäß der angenommenen Tatmotivation. Neuere Erkenntnisse können demgemäß zu einer Aktualisierung oder zu Änderungen führen. Darüber hinaus können Fälle der PMK auch erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen. Es werden nur die Fälle gezählt, die gemäß den bundesweit verbindlichen Richtlinien für den KPMD-PMK für Berlin statistisch zu zählen sind. Liegt der Tatort in einem anderen Bundesland, wird der Fall dort statistisch gezählt.

Um das Motiv eines Falles auswertbar darzustellen, werden diesem bundeseinheitlich verbindliche Themenfelder zugeordnet, die sich in Oberthemenfelder und Unterthemenfelder unterteilen. So ist zum Beispiel „fremdenfeindlich“ ein Unterthemenfeld des Oberthemenfeldes „Hasskriminalität“. Um das Motiv detailliert darzustellen, können einem Fall mehrere Ober- beziehungsweise Unterthemenfelder zugeordnet werden. So kann ein Fall beispielsweise sowohl fremdenfeindlich als auch antisemitisch motiviert sein. Aus diesem Grund wird ein Fall bei der Auswertung nach Ober- und Unterthemenfeldern so oft gezählt, wie ihm diese zugeordnet wurden. Insofern kann die Summierung der Fallzahlen in den einzelnen Unterthemenfeldern dazu führen, dass das Ergebnis höher ist, als die eigentliche Fallzahl im jeweiligen Phänomenbereich, da ein Fall unter Umständen mehrfach aufgeführt sein kann.

Bislang konnten für das Jahr 2023 noch nicht alle bekannt gewordenen Fälle im Rahmen des KPMD-PMK erfasst werden. Demnach ist davon auszugehen, dass die aufgeführten

Fallzahlen für 2023 nicht das gesamte Fallaufkommen darstellen, welches sich im angefragten Zeitraum ereignete. Insbesondere bei den registrierten Gewaltdelikten und Volksverhetzungen handelt es sich bei einem Großteil um bei Versammlungen und Ansammlungen festgestellte Straftaten. Aufgrund des aktuell bestehenden hohen Vorgangsaufkommens und der daraus resultierenden Zeitverzögerung zwischen der Anzeigenaufnahme und der Erfassung im Rahmen des KPMD-PMK ist davon auszugehen, dass die aufgeführten Fallzahlen nicht das gesamte Fallaufkommen darstellen, welches sich im angefragten Zeitraum ereignete.

Fallaufkommen Monatsvergleich 2022/2023

Fallaufkommen Antisemitismus August bis Oktober 2022 und 2023 im Vergleich						
	August 2022	August 2023	September 2022	September 2023	Oktober 2022	Oktober 2023
Gewaltdelikte	3	4	2	0	4	35
Propagandadelikte	2	1	2	2	3	9
sonstige Delikte	28	13	25	7	33	154
PMK gesamt	33	18	29	9	40	198

Quelle: KPMD, Stand: 24. November 2023

Fallaufkommen Oktober 2023 im Einzelnen (Delikt/Bezeichnung)

Zähldelikt	Bezeichnung (Verdacht)	Tatzeit
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	03.10.2023
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	04.10.2023
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	05.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	06.10.2023
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	06.10.2023
§ 140 StGB	Belohnung und Billigung von Straftaten	07.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	07.10.2023
§ 125a StGB	besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs	07.10.2023

§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	07.10.2023
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	07.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	07.10.2023
§ 114 StGB	tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	07.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	07.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	07.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	07.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	07.10.2023
§ 241 StGB	Bedrohung	07.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	08.10.2023
§ 315b StGB	gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr	08.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	08.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	08.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	08.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	08.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	08.10.2023
§ 223 StGB	Körperverletzung	09.10.2023
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	09.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	09.10.2023
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	09.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	09.10.2023
§ 223 StGB	Körperverletzung	09.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	10.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	10.10.2023
§ 140 StGB	Belohnung und Billigung von Straftaten	10.10.2023

§ 303 StGB	Sachbeschädigung	10.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	10.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	10.10.2023
§ 242 StGB	Diebstahl	10.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	10.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	10.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	10.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	11.10.2023
§ 114 StGB	tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	11.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	11.10.2023
§ 140 StGB	Belohnung und Billigung von Straftaten	11.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	11.10.2023
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	11.10.2023
§ 140 StGB	Belohnung und Billigung von Straftaten	11.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	11.10.2023
§ 140 StGB	Belohnung und Billigung von Straftaten	11.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	11.10.2023
§ 104 StGB	Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten	11.10.2023
§ 241 StGB	Bedrohung	11.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	11.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	11.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	11.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	11.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	11.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	11.10.2023

§ 130 StGB	Volksverhetzung	11.10.2023
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	11.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	11.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	11.10.2023
§ 7 PresseG	Verstoß gegen das Pressegesetz (Impressumpflicht)	11.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	12.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	12.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	12.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	12.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	13.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	13.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	13.10.2023
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	13.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	13.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	13.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	13.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	13.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	13.10.2023
§ 192a StGB	verhetzende Beleidigung	13.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	13.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	13.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	13.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	13.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	13.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	13.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023

§ 130 StGB	Volksverhetzung	14.10.2023
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	14.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	14.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	14.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023
§ 223 StGB	Körperverletzung	14.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	14.10.2023
§ 123 StGB	Hausfriedensbruch	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	14.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	14.10.2023
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	14.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	14.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	14.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	15.10.2023

§ 303 StGB	Sachbeschädigung	15.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	15.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	15.10.2023
§ 241 StGB	Bedrohung	15.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	15.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	15.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	15.10.2023
§ 241 StGB	Bedrohung	15.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	15.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	15.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	15.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	16.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	16.10.2023
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	16.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	16.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	16.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	16.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	17.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	17.10.2023
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	17.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	17.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	17.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	17.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	18.10.2023
§ 306a StGB	schwere Brandstiftung	18.10.2023
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	18.10.2023

§ 125a StGB	besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs	18.10.2023
§ 125a StGB	besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs	18.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	18.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	18.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	18.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	18.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	18.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	18.10.2023
§ 192a StGB	Verhetzende Beleidigung	18.10.2023
§ 241 StGB	Bedrohung	18.10.2023
§ 140 StGB	Belohnung und Billigung von Straftaten	18.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	19.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	19.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	19.10.2023
§ 223 StGB	Körperverletzung	19.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	19.10.2023
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	19.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	19.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	19.10.2023
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	19.10.2023
§ 125 StGB	Landfriedensbruch	19.10.2023
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	19.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	20.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	20.10.2023

§ 303 StGB	Sachbeschädigung	20.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	20.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	20.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	20.10.2023
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	20.10.2023
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	20.10.2023
§ 104 StGB	Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten	21.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	21.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	21.10.2023
§ 104 StGB	Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten	21.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	22.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	22.10.2023
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	22.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	22.10.2023
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	22.10.2023
§ 104 StGB	Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten	22.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	23.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	23.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	23.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	23.10.2023
§ 123 StGB	Hausfriedensbruch	23.10.2023

§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	24.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	24.10.2023
§ 306 StGB	Brandstiftung	24.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	25.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	25.10.2023
§ 192a StGB	verhetzende Beleidigung	25.10.2023
§ 192a StGB	verhetzende Beleidigung	25.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	26.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	26.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	26.10.2023
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	27.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	27.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	27.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	28.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	28.10.2023
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	30.10.2023
§ 130 StGB	Volksverhetzung	30.10.2023
§ 185 StGB	Beleidigung	31.10.2023

Quelle: KPMD, Stand: 24. November 2023